



Interviews

Datum: 29. August 2022

Thielko Grieß im Gespräch mit Daniel Leisegang, Co-Chefredakteur von netzpolitik.org

Thielko Grieß: Digitalisierung, das ist eine Disziplin, in der Deutschland im Durchschnitt nicht viel gewinnt, und das seit Jahren schon. Das ändert aber nichts daran, dass die Digitalisierung die Welt rasant verändert, Deutschland natürlich auch rasant verändert und vor allem weiter verändern wird. Die Bundesregierung will sich nun eine Strategie geben zur Digitalisierung. So eine Strategie gab es bislang nicht. Da wurde in den Ministerien einzeln herumgewerkelt. Diese Strategie kommt nun aus dem Ministerium für Digitalisierung, sie liegt als Entwurf auf dem Tisch. Dieses Ministerium wird geführt von Volker Wissing von der FDP. Dieses Konzept will Volker Wissing, der zuständige Minister, Mitte dieser Woche dem Kabinett, der Bundesregierung vorlegen bei der Kabinettsklausur im Schloss Meseberg.

Greifen wir zwei, drei wichtige Punkte heraus aus dieser Strategie, gemeinsam mit Daniel Leisegang von netzpolitik.org. Guten Morgen.

Daniel Leisegang: Guten Morgen, Herr Grieß.

Grieß: Fangen wir vielleicht bei den Grundlagen an von Digitalisierung. Das ist die simple Verfügbarkeit, die Infrastruktur. Schnelle Netze sind gerade schon angesprochen worden, entweder mobil oder per Kabel, unter der Straße verlegt. Bis 2025, steht in dieser Strategie jetzt drin, soll die Hälfte der Haushalte in Deutschland über Glasfaser-Anschlüsse verfügen. Ist das realistisch?

Leisegang: Na ja. Zunächst einmal ist es mit Blick auf das Papier erfreulich, dass so etwas jetzt mal vorliegt und dass das auch mal schwarz auf weiß dort niedergeschrieben ist und auch mit einer Frist. Bis 2025 soll das passieren, bis 2030 dann alle Haushalte, und das ist in dem Sinne erst mal gut, dass die Regierung den Druck auf sich erhöht. Da gibt es jetzt einen Zeitrahmen.

Ich würde aber sagen, dass sich das schon in Papiere bisheriger Regierungen auch einreicht. Das ist im Grunde eine Liste von Einzelvorhaben, die auch andere Regierungen hatten, die jetzt fortgesetzt werden. Da ist nicht nur der Ausbau Breitband dabei, sondern auch die Patientenakte oder auch Verwaltungsleistungen, die jetzt endlich digitalisiert werden sollen. Insofern würde ich sagen, das hängt dann jeweils von den einzelnen Ministerien ab, ob das realistisch ist, dass das umgesetzt wird. Die Gigabit-Strategie ist ja auch im Hause Wissing angelegt und wird von ihm verantwortet, aber letztlich ist es auch keine digitale Strategie, sondern das ist in der Summe der Teile immer noch nichts Ganzes. Es ist auch kein Aufbruch, sondern es ist eine nachholende Digitalisierung. Wenn man mal ganz konkret die Gigabit-Strategie nimmt, die Anschlüsse mit Glasfaser, das ist im Grunde die Voraussetzung für Digitalisierung und nicht die Digitalisierung selbst.

Grieß: Es hängt nach wie vor von den einzelnen Ministerien, von den einzelnen Ministerinnen und Ministern ab, wie sehr sie sich dann dahinterklemmen? So verstehe ich das. Bleiben wir vielleicht bei dem, was Volker Wissing verantwortet. Haben Sie den Eindruck, dass das mit diesem Minister etwas werden könnte mit der Gigabit-Strategie?

Leisegang: Bislang hat er sich das digitale Thema nicht allzu sehr zu Herzen genommen. Da hatte er andere Baustellen. Er hat ja auch etliche andere Baustellen. Wenn man an die Modernisierung der Bahn denkt, das ist auch ein Mammut-Projekt. Hier ist vielleicht ein Problem, was wir immer hatten in dieser Digitalstrategie. Ich darf daran erinnern, in der letzten Bundesregierung unter der Großen Koalition war Helge Braun dafür zuständig im Bundeskanzleramt für die Digitalstrategie. Damals hatte das nur einen anderen Namen, aber im Grunde war es was Ähnliches. Helge Braun ist aber von Haus aus Mediziner und er war damals für die Corona-Pandemie zuständig. Das heißt, das Ganze krankt immer wieder daran, dass Verantwortungen nicht klar benannt sind, auch nicht gebündelt sind, und ich denke, das Problem haben wir auch diesmal, und hier ist auch ein grundlegendes Problem in der Strategie selbst, denn die Analyse des Scheiterns der vergangenen 20 Jahre, nur mal als Beispiel die elektronische Patientenakte, die ist ja seit 2003 auf dem politischen Markt. Die hat damals – die Älteren werden sich erinnern – die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt geplant. Aber was jetzt fehlt ist zurückzuschauen in die vergangenen 20 Jahre und zu sagen, was ist eigentlich der Grund, was sind die Gründe dafür, dass es so gescheitert ist. Das wäre eigentlich die Voraussetzung für das weitere Arbeiten.

Grieß: Ich höre ein bisschen heraus, Fachkompetenz fehlt Ihnen, ein Software-Entwickler zum Beispiel, der nebenbei auch noch Minister ist.

Leisegang: Ja, nicht nur. Software ist das eine, aber ich glaube, es geht darum, Verständnis dafür zu haben, was Digitalisierung heißt. Es wurde hierzulande lange als Neuland betrachtet und dann haben wir eine Zeit lang über Flugtaxis geredet aus dem Verkehrsministerium heraus. Insofern: Ich bin schon mal froh, dass ein Digitalminister sich darum kümmert und dass es jetzt diese konzertierte Aktion in diesem Sinne gibt. Aber was zum Beispiel fehlt ist ein ganz anderer Aspekt. Dieses Papier, wenn man mal draufschaut, ist ja überschrieben mit „Digitale Werte schöpfen“. Das heißt, da wird schon deutlich, da geht es vor allem um Wirtschafts- und Technologiepolitik. Ich glaube, die Expertise liegt vor allem und nicht zuletzt auch in der Digitalgesellschaft selbst. Denn das, was wir als Problem auch jetzt im Vorfeld haben, was in dem Beitrag von Ihnen beschrieben wurde, das ist, es fehlt gewissermaßen nicht nur an Expertise, sondern es ist auch viel Vertrauen zerstört worden. Das sind diese ganzen Dinge wie elektronische Patientenakte, elektronisches Rezept, die digitale Brieftasche, also meine Identität im Netz. Das muss ja auch akzeptiert werden und da muss Vertrauen drinstecken und dafür brauche ich Zivilgesellschaft, dafür brauche ich erst mal die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Da reicht es nicht, sie als Verbraucher zu betrachten.

Grieß: Sie sagen, es gibt reichlich Datenschätze, die es eigentlich schon gibt, die ein bisschen vor sich hinstauben auf Servern von Behörden, weil sie nicht miteinander verknüpft sind. Und sie sagen, die Strategie der Bundesregierung geht nun vor allem in die Richtung, dass man diese Datenschätze nutzbar macht, vielleicht auch kommerziell nutzbar macht,

und Ihnen fehlt der Ansatz, wie könnte es gehen, dass man diese Datenschätze nicht kommerziell auswertet, sondern sie der Gesellschaft zur Verfügung stellt?

Leisegang: Das wäre zumindest ein Ansatz. Ich habe gar nichts dagegen, dass diese Daten jetzt ausgetauscht werden zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und der Politik. Diese Daten, die schlummern tatsächlich in ihren Silos und damit passiert nichts. Damit könnte man viel machen und da gibt es auch Ansätze. Gerade mit Blick aufs Klima sollen Umweltdaten stärker ausgetauscht werden. Das ist alles sehr sinnvoll. Aber worum es mir tatsächlich geht in diesem Zusammenhang, ist, dass Digitalisierung nicht nur Künstliche Intelligenz ist und nicht nur Verbrauchersouveränität, sondern dass es da auch um andere Dinge geht, wo ich das Gemeinwohl in den Blick nehme, wo ich mich frage, was ist eigentlich mit Teilhabe, was ist mit sozialer Gerechtigkeit, wie kann ich die Digitalisierung dahingehend nutzen, und da muss ein ganz anderer Dialog her und das fehlt in diesem Papier leider völlig.

Grieß: Das ist ein wichtiger Aspekt, den Sie ansprechen, und vielleicht können wir das noch mal mitnehmen zu einem konkreten Projekt, das auch schon etwas länger vor sich hinsieht. Das ist die Entwicklung einer digitalen Identität, ein digitaler Personalausweis. Das hat sich überhaupt nicht durchgesetzt. Warum ist das so?

Leisegang: Das ist ein guter Punkt, weil im Grunde ist das die Voraussetzung dafür, dass ich zum Beispiel zur Verwaltung gehen kann, mich ausweisen kann und dann aus der Ferne online mein Auto anmelden kann oder dergleichen. Die Voraussetzung dafür ist so etwas wie ein digitaler Personalausweis und der sollte im letzten Jahr von der Bundesregierung an den Start gehen. Die App fürs Smartphone nannte sich ID Wallet. Das war im Grunde genommen und auch mit Ansage, muss man leider sagen, da gab es Warnungen aus der Zivilgesellschaft, etwa vom Chaos Computer Club. Da gab es dann so viele technische Probleme und auch Datenschutzprobleme, dass man das auch selbst als Totalschaden nur einsehen konnte und diese App ganz schnell wieder zurückgezogen hat. Da fehlte es an der technischen Umsetzung, an der Expertise und da geht es im Grunde genommen – und das muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, auch denen, die dann immer sagen, aber der Datenschutz hierzulande wird viel zu wichtig genommen – da geht es um die digitale Identität. Das heißt, da geht es auch um Identitätsdiebstahl, um die persönlichsten Daten genauso wie bei der elektronischen Gesundheitsakte. Das heißt, diese sensiblen Daten werden im Vorfeld auch nicht ernst genug genommen, und gerade wenn ich mir jetzt anschau, dass Herr Lauterbach fordert, dass die elektronische Patientenakte und das elektronische Rezept wieder durch die Tür sollen, trotz dieser Bedenken, dann macht mir das schon Sorgen.

Grieß: Jetzt haben wir nur noch wenige Sekunden, aber das noch mal zusammengefasst. Technisch ist es möglich, so eine digitale Identität zu entwickeln?

Leisegang: Ohne weiteres und der Datenschutz ist da kein Hindernis.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*